

Stand: 29.01.2026 07:25:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6583

"Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6583 vom 07.05.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7254 des BI vom 25.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/8549 vom 21.10.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 21.10.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Gabriele Triebel, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Verfahren zur Umstellung der Finanzierung des Schulaufwands privater Förderschulen nach dem Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) auf eine pauschalierte Auszahlung deutlich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Begründung:

Für den Schulaufwand erhalten die Träger privater Förderschulen nach Art. 34 und 34a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BaySchFG Kostenersatz in Höhe von 100 Prozent der notwendigen Kosten.

In der Praxis ergeben sich bei der Abrechnung lange Bearbeitungszeiten und hohe Außenstände – aktuell nach Angaben der Träger und der Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage vom 17. April 2025 zwischen 20 Mio. Euro und 45 Mio. Euro.

Für Schulen, die sich noch nicht in der Finanzierungssystematik der Budgetierung befinden (das sind aktuell 92 Schulen), liegt das Datum des zuletzt geprüften Verwendungsnachweises vielfach mehr als 10 Jahre zurück, d. h. bei den betroffenen Schulen sind Außenstände des Schulaufwands von mehr als 10 Jahren aufgelaufen. Der derzeit älteste noch nicht abgerechnete Verwendungsnachweis ist aus dem Jahr 2000, die Bearbeitungsdauer zieht sich also inzwischen über 25 Jahre. Das gefährdet die Liquidität der Träger und verhindert Planungssicherheit.

Die Staatsregierung hat dazu in der Antwort auf eine Anfrage zum Plenum eingeräumt, dass „das Verfahren der Spitzabrechnung sehr aufwendig ist“. Es könne „bis zur endgültigen Abrechnung zu Wartezeiten (sog. Abrechnungsrückständen) kommen.“

Außerdem liegt die lange Bearbeitungszeit auch an der Personalausstattung an den Regierungen.

Schulträger können und wollen pauschaliert abrechnen, wenn sie am Verfahren zur budgetierten Abrechnung des Schulaufwandes teilnehmen, das schnelle Budgetanpassungen ermöglicht. So ist es auch im Schulfinanzierungsgesetz vorgesehen.

Das Problem ist, dass die von den Trägern gewünschte Umstellung auf die pauschalierte Förderung zu lange dauert. Die Regierungen bereiten derzeit die Umstellung in das Budgetierungsverfahren für 45 private Förderschulen vor. Wie lange die Umstellung dauert, kann die Staatsregierung nicht sagen. Auch hier wird auf die Personalsituation hingewiesen.

Die Verfahren zur Abrechnung und zur Umstellung sollte daher deutlich beschleunigt und vereinfacht werden. Das würde den bürokratischen Aufwand für die Staatsverwaltung und auch für die Träger dauerhaft senken und lange Zwischenfinanzierungen vermeiden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/6583

**Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förder-
schulen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Gabriele Triebel**
Mitberichterstatler: **Martin Behringer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 22. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 25. Juni 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern - UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen" auf Drucksache 19/5983 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmungsliste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen
COM(2025) 180 final
BR-Drs. 217/25
Drs. 19/7283, 19/7430

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern
COM(2025) 10 final
BR-Drs. 77/25
Drs. 19/5947, 19/7425

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027
COM(2025) 62 final
BR-Drs. 132/25
Drs. 19/6844, 19/7427

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen nach 2025

01.04.2025 - 24.06.2025

Drs. 19/6343, 19/7434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7434 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben. Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems 1 (EHS1)

15.04.2025 - 08.07.2025

Drs. 19/6748, 19/7431

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7431 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben. Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

6. Antrag des Abgeordneten Jörg Baumann AfD
Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei
Drs. 19/5677, 19/7264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern –
UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen
Drs. 19/5983, 19/7265 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Gießhammer,
Anna Rasehorn u.a. SPD
Hilfe für Menschen in seelischer Not:
Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!
Drs. 19/6005, 19/7266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen
Drs. 19/6144, 19/7267 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II:
Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken
Drs. 19/6145, 19/7268 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III:
Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern, Bürokratie abbauen
Drs. 19/6146, 19/7279 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV:
Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen
Drs. 19/6147, 19/7269 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierungsbedarf erheben – öffentliche Schwimmbäder erhalten
Drs. 19/6169, 19/7256 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Digitale Speicherung von Leistungsnachweisen
Drs. 19/6509, 19/7253 (E)
Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Umweltschäden verhindern:
Aktives Gänsemanagement weiterentwickeln
Drs. 19/6516, 19/7259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von
natürlichen Wasserstoffvorkommen in Nordbayern
Drs. 19/6542, 19/7260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 19/6563, 19/7231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für die Zukunft des Naturschutzes:
Kenntnis der Artenvielfalt sichern – Nachwuchs fördern
Drs. 19/6576, 19/7244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken II:
Anerkennung von Anti-Kollisionssysteme für Windenergieanlagen
Drs. 19/6577, 19/7245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsatz für Mengenschwelle für Biogas in der
Störfall-Verordnung auf 25.000 kg anheben
Drs. 19/6578, 19/7246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung
bei der Finanzierung privater Förderschulen
Drs. 19/6583, 19/7254 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!
Drs. 19/6592, 19/7232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Förderung von Tempo 50
Drs. 19/6602, 19/7257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Erwerb von ICE 3 Zügen prüfen
Drs. 19/6603, 19/7255 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Gebrauchte Züge beim Vergabeverfahren der BEG berücksichtigen
Drs. 19/6604, 19/7258 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests
im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!
Drs. 19/6617, 19/7233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen auch in bebauten Randgebieten: Rechtsklarheit und finanzielle Unterstützung für Kommunen schaffen
Drs. 19/6671, 19/7249 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur aktuellen Lage des bayerischen Einzelhandels (insbesondere in strukturschwachen Regionen)
Drs. 19/6684, 19/7261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der Forderungen aus Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, ORH-Bericht und Coramentum-Gutachten
Drs. 19/6688, 19/7250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychosoziale Hilfen auf eine sichere und nachhaltige finanzielle Basis stellen!
Drs. 19/6690, 19/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU
Bericht zu den Ergebnissen der 16. UN-Weltnaturkonferenz in Rom
Drs. 19/6694, 19/7251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Wirtschaftsentlastungen: Bürokratieabbau bei Melde- und Dokumentationspflichten nach der DSGVO auf EU-Ebene
Drs. 19/6696, 19/7262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa
Drs. 19/6697, 19/7263 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Thomas Holz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
Drs. 19/6698, 19/7252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Gabriele Triebel, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/6583, 19/7254

Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Claudia Köhler

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Oskar Atzinger

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Behringer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe daher nun **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen (Drs. 19/6583)

Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Claudia Köhler. Frau Kollegin, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen" klingt recht technisch, ist aber super wichtig. Die Förderschulen unterrichten Kinder mit Behinderungen in großer Zahl. Die Träger dieser Förderschulen bekommen gemäß Gesetz 100 % ihres Schulaufwands durch den Staat ersetzt.

Der Beantragung und den Abschlüssen folgt immer eine Spitzabrechnung. Hier ist das Problem. Die Spitzabrechnung dauert zehn Jahre und länger. Ungefähr 45 Millionen Euro stehen für die Schulen noch aus. Der Staat schafft es aber noch nicht, sie mit Spitzabrechnung korrekt abzurechnen. Die Belegabrechnung dauert bis zu 25 Jahre rückwärts. Sie können sich vorstellen, dass das einzelne Träger ganz schön in Not bringen kann. Für einzelne Träger stehen noch bis zu 2 Millionen Euro aus. Das wird in manchen Fällen tatsächlich existenzbedrohend.

Wir alle wollen eine schnellere Pauschalierung. Es gibt da auch Vorschläge für die Systeme. Wir haben das beantragt. Im Ausschuss für Bildung und Kultus kamen

teilweise absurde Antworten wie, dass die Träger das gar nicht wollten. – Das stimmt definitiv nicht.

Es kam auch die Antwort, dass es schon laufe. – Ja, es läuft schon. Es läuft sogar schon so, dass fast 75 % umgestellt haben. Für die übrigen 25 % ist aber einfach ganz schlimm, dass immer noch nicht auf die pauschale Abrechnung umgestellt wurde und sie so lange auf ihr Geld warten.

Deswegen beantragen wir, den Umstieg schneller zu bewältigen, auch dann, wenn es am Personal oder sonst was hakt. Wir würden auf beiden Seiten Bürokratie sparen – auf der Seite des Staates, der das Geld gibt und nicht jeden einzelnen Beleg zum zweiten Mal prüfen müsste; und natürlich auf der Seite der Träger.

Die Förderschulen haben dies nicht als einziges Problem. Sie haben zu unseren Haushaltsberatungen sogar eine Petition gestellt. Das kommt äußerst selten vor und war definitiv bemerkenswert. Heute hat uns sogar – liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sicherlich auch – eine Resolution erreicht. Die Förderschulen wünschen sich eine Vereinfachung. Sie wünschen sich bessere Härtefallpauschalen. Sie wünschen sich, dass man mit ihnen vertrauensvoller zusammenarbeitet und sie nicht unter Generalverdacht stellt, falsche Angaben zu machen. Sie wünschen sich, dass man die Bürokratie einfach im Gespräch vereinfachen kann, indem man in diese Träger, die doch für uns, für die Menschen mit Behinderungen, für deren Angehörige, für die Lehrkräfte und die Verantwortlichen an den Förderschulen so eine wichtige Arbeit tun, einfach mehr Vertrauen hat. Eigentlich ist es auch für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt äußerst wichtig, dass wir solche Themen nicht hinten runterfallen, die Träger der Förderschulen nicht im Regen stehen lassen, sondern sie gut und pünktlich finanzieren und nicht noch durch langsame Abrechnungen in Finanznot bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin der festen Überzeugung, dass es ein Gradmesser des Zustands unserer Demokratie ist, wie wir mit Menschen mit Behinderungen und mit den Trägern, die diese

staatlichen Aufgaben übernehmen, umgehen. Wir müssen aufpassen, dass solche Menschen und solche Träger nicht Verlierer der Bürokratie werden – und schon gar nicht Verlierer der aktuellen Krise der Finanzen.

Geben Sie sich einen Ruck. Stimmen Sie dem schnelleren Umstieg auf die pauschale Finanzierung zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die CSU-Fraktion: Kollege Norbert Dünkel.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Claudia Köhler, wir sind im Thema und im Herzen vereint.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das ist ja schon was!)

Ich bin seit 1989 30 Jahre lang Geschäftsführer der "Lebenshilfe im Nürnberger Land" gewesen. Die Lebenshilfe hat 27 Einrichtungen, 1.700 Stellen, auch ein Förderzentrum für geistige Entwicklung mit schulvorbereitenden Einrichtungen.

Ich habe – vielleicht auch ein bisschen in die Kollegenschaft reflektiert – nie verstanden, dass in einer Schulaufwandsabrechnung jede einzelne Position vom Radiergummi bis hin zum Toilettenpapier abgerechnet werden muss. Wir haben das auch ganz, ganz schnell geändert. Das war mir ein ganz großes Anliegen.

Ich mache das selten, aber das hat auch ein Gesicht und einen Namen: Hubert Killer. Hubert Killer ist im Kultusministerium für das Thema Finanzierungen zuständig. Er hat das mit ganz großer Energie und Kraft angepackt. Zum August 2019 haben wir auch das Gesetz geändert.

Was an dem Antrag meines Erachtens ein bisschen falsch ist: Ihr stellt den Antrag im Sinne einer Pauschalierung.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, nein, nein!)

– Doch, Pauschalierung. Das ist auch vorhin noch einmal angesprochen worden.

Ich bin von Anfang an – auch damals als beruflich Betroffener – der Meinung gewesen: Wir als Schulträgerverbände wollen eine Budgetierung. Wir haben sie auch erreicht.

Lesen Sie den Antragstext der GRÜNEN noch einmal durch; das steht ja auch in der Überschrift. – Wir wollen keine Pauschalierung, sondern eine Budgetierung, weil jede Schule anders ist. Die eine hat möglicherweise Schwimmbecken für Menschen mit Handicap. Die andere hat bestimmte Leistungsangebote, die die erste nicht hat usw. usf.

Der Vorteil der Budgetierung besteht darin:

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Sie brauchen noch ein bisschen Zeit, um intern zu diskutieren.

Wir berechnen in der Budgetierung, was in den letzten drei Jahren verauslagt worden ist. Daraus wird ein Budget entwickelt, das auch fortgeschrieben wird.

Im Augenblick setzen zwei Drittel der Schulträger in Bayern diese Budgetierung um. Ein Drittel ist tatsächlich noch nicht dabei. Jetzt muss ich sagen, ich komme aus einer sehr großen Einrichtung mit einem Jahresbilanzvolumen von 55 Millionen Euro und einer großen Buchhaltung. Deswegen hat die Umstellung bei uns nur ein halbes Jahr gedauert. Jetzt kommen auch die kleineren Einrichtungen mit kleineren Buchhaltungen langsam in die Umstellungsphase. Das ist Punkt eins. Viele Träger haben noch nicht umgestellt. Das muss man einfach sehen. Das liegt nicht am Staat.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Doch!)

– Nein, das liegt nicht am Staat, das liegt an der jeweiligen Trägereinrichtung, die eine Schule hat.

Das Zweite halte ich auch für sehr wichtig: Wir zahlen Abschlagszahlungen. Es ist nicht, wie vorhin von der Summe intoniert, dass alles in einer gewissen Theorie zusammengezählt wird. Der Freistaat Bayern zahlt 95 % Abschlag. Das heißt, wenn ich auf einen Jahresrückstand von 100.000 Euro 95.000 Euro ohne Vorprüfung refinanziert bekomme, dann geht es noch um eine Differenz von 5.000 Euro. Auch das gehört zur Wahrheit.

Die dritte Information betrifft die Abrechnung, die nicht das Kultusministerium vornimmt, sondern die Regierungen. Wir sind hier Gesetzgeber. Wir wissen alle, wir sind im Augenblick in einer Situation, in der uns Köpfe fehlen. Uns fehlen Köpfe in der staatlichen Bauverwaltung, uns fehlen Köpfe in der Schule, uns fehlen überall Köpfe. Die Stellen sind vorhanden. Heute war der Finanzminister hier gestanden. Keine Stelle wurde gestrichen, alle Stellen sind ausgeschrieben. Wir müssen bei diesem Thema ein bisschen realistisch sein und sehen, der Staat tut alles, was er kann. Stellen werden ausgeschrieben. Eine Bearbeitung wird angeboten. Ich möchte das heute nicht politisch missbrauchen, verweise aber auf die parteiübergreifende Arbeitsgruppe Inklusion. Wir haben dieses Thema immer wieder auf den Tisch des Hauses gebracht. Der Staat tut, was er kann. Ich glaube, dass wir auf einem sehr guten Weg sind.

Ich habe viel Verständnis für kleinere Träger, die jetzt gesagt haben: Ja, jetzt schauen wir erst einmal, wie das läuft. – Alle miteinander müssen jetzt anpacken. Die großen leistungsfähigen Träger haben es hinter sich, die kleineren sind auch in der eigenen Buchhaltung noch ein bisschen in der Selbstfindung. Wer ein Problem hat, kann sich an mich persönlich wenden, der kann sich auch an die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe Inklusion wenden. Ich greife das Thema auf. Das verspreche ich, und jeder weiß, das mache ich auch. Wer ein Problem hat, der kann sich auch an Herrn Hubert Killer wenden. Wir haben eine wirklich sehr verständnisvolle Verwaltung, auch in Bezug auf die Anliegen der Verbände.

Wir sind an diesem Thema dran und viel weiter als alle anderen Bundesländer in Deutschland. Das ist mir wichtig. Wir haben ein tolles System, und wir zahlen unser Geld. Dazu wiederhole ich: 95 % werden durch Abschlagszahlungen problemfrei finanziert. Ich wiederhole noch einmal die Summen: Bei 100.000 Euro erhält man 95.000 Euro Abschlag. Ich sehe das, ich weiß um die Emotionen, weil ich aus diesem Bereich komme; aber wir bekommen das in den Griff. Dem Antrag stimme ich nicht zu, aber das Thema habe ich persönlich auf der Agenda.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch kurz am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Frau Kollegin Claudia Köhler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dünkel, zunächst bedanke ich mich für die wertschätzende Stellungnahme zu unserem Antrag. Wir sind in der Sache völlig beisammen, und wir meinen definitiv das Gleiche. Eilig ist es wirklich. Sie haben ein Beispiel mit einer niedrigen Summe genannt. Wenn jedoch einzelnen Trägern über zehn Jahre 2 Millionen Euro fehlen, dann ist das natürlich ein Problem.

Sie haben gesagt: Das liegt oft an den Köpfen. – In dem Zusammenhang wäre es ein Signal des Landtags, dem Ministerium als Auftrag zu geben, schneller umzusteigen. Nur für die Zeit des Umstiegs sind genügend Köpfe notwendig. Dann sparen wir uns auf beiden Seiten Personal in der Abrechnung.

Da wir das Gleiche meinen, wäre mein Vorschlag, im Antragstext den Begriff "Pauschalierung" durch "Budgetierung", wie Sie es nennen, zu ersetzen; denn wir haben exakt dasselbe gemeint und in den Ausschüssen darüber gesprochen. Könnten Sie zustimmen, wenn wir im Antrag von Budgetierung sprechen?

Norbert Dünkel (CSU): Vielen Dank. – Die zwei Begriffe unterscheiden sich evident. Ich habe das ausgeführt: Die Pauschalierung deckt besondere Angebote der Einrichtungen, welche die Budgetierung abbildet, nicht ab. Diese Einrichtungen würden dadurch benachteiligt. Ihr Antrag steht gegen den Willen leistungsfähiger Einrichtungen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Jetzt habe ich das Wort. – Unabhängig davon sind wir aus meiner Sicht auf einem guten Weg, sodass ich für den Bayerischen Landtag keine Empfehlung für die Zustimmung zu Ihrem Antrag aussprechen kann.

Abschließend die Anmerkung, dass ich mir nach allem, was ich aus der Staatsverwaltung, dem Kultusministerium und der Abteilung des Ministerialrats Killer weiß, nicht vorstellen kann, dass es Rückstände in Höhe von 2 Millionen Euro gibt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie auf Ihre Redezeit.

Norbert Dünkel (CSU): In diesem Fall läge es bei den Regierungen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Norbert Dünkel (CSU): Wir können uns gerne zusammensetzen, ich erledige das.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Oskar Atzinger.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Multum strepitus de nihilo. –

(Unruhe)

Viel Lärm um nichts. Nach dem vorliegenden Antrag der GRÜNEN soll das Verfahren zur Finanzierung des Schulaufwands privater Förderschulen nach dem Schulfinanzierungsgesetz auf eine pauschalisierte Auszahlung umgestellt werden. In Zusammenarbeit mit den Schulaufwandsträgern wird dies schon länger in Form des Modells einer

Budgetierung entwickelt. Dieses Budget wird auf der Basis jener Kosten entwickelt, die den Trägern in den letzten Jahren entstanden sind. In Unterfranken ist bereits ein Pilotversuch durchgeführt worden, der jetzt auf ganz Bayern ausgeweitet werden soll.

Bei rund 60 % der bayerischen Förderschulen wird dieses Budgetierungsmodell bereits angewendet. Vielleicht sind es auch 75 %. Die restlichen 40 % werden demnächst ebenfalls folgen. All dies wurde den Antragstellern bereits in der Sitzung des Bildungsausschusses am 22.05.2025 bzw. in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 25.06.2025 mehr als deutlich mitgeteilt. Warum die GRÜNEN diesen Antrag jetzt ins Plenum hochziehen und an ihrer mittlerweile obsoleten Forderung festhalten wollen, ist uns mehr als schleierhaft. Wir bleiben natürlich bei unserem ablehnenden Votum für diesen Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Martin Behringer.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn klarstellen: Die Arbeit unserer privaten Förderschulen verdient unsere volle Unterstützung. Tausende engagierte Pädagoginnen und Pädagogen leisten hier tagtäglich Großartiges für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf, für deren Familien und letztlich für unsere gesamte Gesellschaft. Diese Arbeit ist wertvoll, sie ist unverzichtbar, und sie ist zu Recht finanziell abzusichern.

Auch richtig ist, dass es in der Vergangenheit bei der sogenannten Spitzabrechnung des Schulaufwandes zu Verzögerungen kam. Diese Rückstände waren und sind für die betroffenen Träger belastend, keine Frage, aber der Antrag, den wir heute diskutieren, greift einfach zu kurz. Er geht in eine komplett falsche Richtung.

Erstens. Die Staatsregierung hat längst gehandelt. Das Problem wurde erkannt, Lösungen sind auf dem Weg und wirken bereits. Frau Köhler, Sie haben selbst gesagt: Zwei Drittel der privaten Förderschulen in Bayern haben bereits auf das neue budgetierte Abrechnungsverfahren umgestellt. Dieses Verfahren schafft nicht nur mehr Planbarkeit und Effizienz, es ermöglicht auch eine passgenaue Finanzierung, die den unterschiedlichen Bedarfen der einzelnen Förderschulen gerecht wird. Die Umstellung erfolgt strukturiert und schrittweise, im Dialog mit den Trägerverbänden und unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen. Es wäre fahrlässig, diesen Prozess nun übereilt durch eine allgemeine Pauschalierung zu ersetzen.

Zweitens. Eine Pauschalierung, wie sie im Antrag gefordert wird, ist nicht nur unsachgemäß, sie ist auch gefährlich. Die Förderschulen in Bayern sind so vielfältig wie die Schülerinnen und Schüler. Ob geistige, körperliche, emotionale oder sprachliche Förderbedarfe: Der organisatorische und finanzielle Aufwand unterscheidet sich teils erheblich. Eine starre Pauschale würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Sie würde die Finanzierung verwässern und im Zweifel nicht zu mehr, sondern zu weniger Gerechtigkeit führen. Genau das lehnen auch die Trägerverbände selbst ab. Sie sprechen sich klar gegen eine Pauschalierung aus, weil sie wissen, dass dies den realen Bedürfnissen ihrer Schulen nicht entspricht.

Drittens. Wir müssen mit den öffentlichen Mitteln verantwortungsvoll umgehen. Ein pauschales Auszahlungssystem ohne belastbare Grundlage bedeutet nichts anderes als einen Blindflug auf Kosten des Steuerzahlers. Bevor Mittel pauschal ausgezahlt werden, braucht es eine verlässliche Datenbasis. Genau die wird hier aktuell durch das Budgetierungsverfahren geschaffen. Es geht nicht um mehr Bürokratie oder um Bürokratie um ihrer selbst willen, es geht um Transparenz, um Rechtsstaatlichkeit und um die Gleichbehandlung aller Träger, staatlich wie privat.

Viertens. Der Antrag erkennt die bereits erreichten Fortschritte. Die Rückstände bei der Spitzabrechnung werden konsequent abgebaut, unter Anwendung eines vereinfachten Verfahrens, das zwischen Staatsministerium, Trägerverbänden und dem

Bayerischen Obersten Rechnungshof abgestimmt wurde. Die Möglichkeit von Abrechnungsvergleichen auf Basis der vergangenen drei Jahre ist ein pragmatischer Weg, der Bürokratie abbaut, ohne auf Sorgfalt zu verzichten.

Meine Damen und Herren, wir teilen das Ziel, den Schulaufwand für private Förderschulen verlässlich, planbar und effizient zu finanzieren, aber wir setzen dabei auf ein tragfähiges, rechtssicheres Verfahren und nicht auf Schnellschüsse, die gut gemeint, aber schlecht gemacht sind. Der Antrag übersieht bestehende Lösungen, ignoriert die ablehnende Haltung der Träger selbst und läuft am Schluss am tatsächlichen Bedarf vorbei. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Private Förderschulen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur inklusiven Bildung hier in Bayern. Sie fördern Kinder und Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf individuell. Viele Kinder und Jugendliche sind auf dieses Angebot angewiesen. Viele Eltern haben gerade diese Schulen für ihre Kinder ausgewählt.

Dennoch ist die finanzielle Situation an vielen privaten Förderschulen prekär. Es gibt einen unglaublichen Lehrkräftemangel. Viele Kinder – das finde ich besonders dramatisch – mit besonderen Bedarfen finden derzeit keinen Schulplatz an Förderschulen, sie können teilweise gar nicht beschult werden. Es hat dazu einen Brandbrief gegeben. Ich möchte gleich zu Beginn an Sie appellieren: Bayerische Förderschulen, insbesondere private Förderschulen, dürfen nicht zur vergessenen Schulart in Bayern werden.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Werden sie auch nicht!)

– Noch viel wichtiger, Frau Kollegin: Bayerische Förderschüler und Förderschülerinnen dürfen nicht zu vergessenen Schülern und Schülerinnen werden.

Jetzt einige Details zur Förderung. Es kann doch nicht sein, dass sich die Außenstände des Freistaats Bayern auf 20 bis 45 Millionen Euro belaufen. 20 bis 45 Millionen Euro schuldet der Freistaat Bayern privaten Förderschulen. Stellen Sie sich das doch einmal vor: Das sind Gelder, die den Schulen zustehen, die die Schulen brauchen, aber die immer noch beim Freistaat Bayern liegen. Das kann doch nicht sein.

92 Schulen befinden sich derzeit immer noch nicht im schnelleren Budgetierungsverfahren; das ist eine große Anzahl. Bei vielen dieser Schulen – auch das kann man aus einer Anfrage herauslesen – liegen die letzten geprüften Verwendungsnachweise 10 bzw. 25 Jahre zurück. 25 Jahre braucht man, bis die Schulen letztlich ihr Geld bekommen. Das kann einfach nicht sein, das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich stehe heute selbst als Vertreterin eines privaten Trägers, der Arbeiterwohlfahrt, hier. Wir haben eine private Förderschule in Neuburg. Wir sind ein kleiner Träger, das ist normalerweise nicht unser Gebiet. Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist nicht einfach, als privater Träger eine Förderschule zu betreiben.

Ich glaube, wir sind uns alle einig: Förderschulen machen eine wichtige Arbeit. Lieber Herr Kollege Dünkel, ich finde es gut, dass Sie heute das Angebot gemacht haben, dass wir uns auch in der überfraktionellen Arbeitsgruppe mit dem Thema beschäftigen, aber ich möchte trotzdem noch einmal an Sie appellieren, wie es im Brandbrief heute steht: Geben Sie sich einen Ruck. Wir müssen es jetzt schneller schaffen, dass wir alle Schulen in die Budgetierung bekommen, dass sie zeitnah ihr Geld bekommen. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Norbert Dünkel, CSU-Fraktion, vor. Bitte schön.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Kollegin Dr. Strohmayr, liebe Simone, drei Dinge sind mir sehr wichtig. Ich muss überlegen, wie scharf ich formuliere. Es ist jedenfalls nicht okay, wenn wir von vergessenen Schülern reden. Unsere Kinder mit Förderbedarf sind in unserem Herzen, vielleicht noch mehr als alle anderen. Es sind keine vergessenen Schüler.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Unsere Förderschulen, unsere Förderzentren sind keine vergessenen Schulen. Es sind die einzigen Schulen, die einen Anspruch auf eine 100-%-Förderung haben, und das wird auch so bleiben.

Dass ein Drittel noch nicht nach dem neuen budgetorientierten System abgerechnet hat, ist nicht vom Freistaat Bayern, nicht vom Kultusministerium, nicht vom Landtag und nicht vom Bildungsausschuss zu verantworten, sondern die Entscheidung des Trägers. Es ist mir wichtig, dies gesagt zu haben. Das ist keine Frage, es war ein Plädoyer, aber es ist mir sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, wir arbeiten gut in der überfraktionellen Arbeitsgruppe zusammen. Mir war es einfach wichtig, heute noch einmal auf die Bedürfnisse der Förderschulen hinzuweisen. Der aktuelle Brandbrief zeigt ja: Es läuft nicht alles perfekt. Es ist im Übrigen nicht nur die Budgetierung, sondern auch der Lehrkräftemangel. Es ist auch ein Problem, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler, die einen Platz brauchen, einen Schulplatz finden. Es gibt viele Baustellen in diesem Bereich, Herr Kollege. Ich kann Sie nur noch einmal aufrufen:

Ergreifen Sie die notwendigen Maßnahmen oder schaffen Sie die Mittel, damit es den Förderschulen hier in Bayern besser geht.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung, die in elektronischer Form durchgeführt wird. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Sie haben drei Minuten Zeit für die namentliche Abstimmung, die hiermit eröffnet ist.

(Namentliche Abstimmung von 19:10 bis 19:13 Uhr)

Konnten alle ihre Stimme abgeben? – Dem ist so. Damit ist die Stimmabgabe geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der Wahl von Vertrauensleuten für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg bekannt. An der Wahl haben 157 Abgeordnete teilgenommen. Es gab vier ungültige Stimmen.

Ich beginne mit den für das Finanzgericht München vorgeschlagenen sieben Vertrauensleuten und deren Vertreterinnen und Vertretern. Mit Ja gestimmt haben 119 Mitglieder des Hohen Hauses. Mit Nein stimmten 31 Abgeordnete. Der Stimme enthalten haben sich drei Abgeordnete. Meine Damen und Herren, damit wurden alle sieben Persönlichkeiten, die Sie der über Plenum Online einsehbaren Vorschlagliste entnehmen können, zu Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Finanzgericht München gewählt. Gleiches gilt für deren Vertreterinnen und Vertreter.

Nun komme ich zu den für das Finanzgericht Nürnberg vorgeschlagenen sieben Vertrauensleuten und deren Vertreterinnen und Vertretern. Mit Ja gestimmt haben

119 Mitglieder des Hohen Hauses. Mit Nein stimmten 32 Abgeordnete. Der Stimme enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Damit wurden auch hier alle sieben Persönlichkeiten, die Sie ebenfalls der über Plenum Online einsehbaren Vorschlagsliste entnehmen können, zu Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Finanzgericht Nürnberg gewählt. Gleiches gilt für deren Vertreterinnen und Vertreter. Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 8, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 158 Abgeordnete teilgenommen. Es gab null ungültige Stimmen. Auf die Abgeordnete Christin Gmelch entfielen 27 Ja-Stimmen und 130 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Damit hat Frau Abgeordnete Christin Gmelch nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl einer Schriftführerin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 9, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 158 Abgeordnete teilgenommen. Es gab null ungültige Stimmen. Auf Frau Abgeordnete Elena Roon entfielen 28 Ja-Stimmen und 128 Nein-Stimmen. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit hat Frau Abgeordnete Elena Roon nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Auch dieser Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt, die wir gerade eben durchgeführt haben. Es geht um den Antrag der GRÜNEN-Fraktion betreffend "Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen", Drucksache 19/6583: Mit Ja gestimmt haben 32 Kollegen. Mit Nein gestimmt haben 105. Es gab null Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.10.2025 zu Tagesordnungspunkt 13: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen (Drucksache 19/6583)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole			
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg			
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bötl Maximilian			
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X	
Dr. Büchler Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene			
Dierl Franc		X	
Dr. Dietrich Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Düinkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. Ebner Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang			
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef			
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Hierneris Christian	X		
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel			
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Köhler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzingen Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris			
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	32	105	0